

Erscheint jede Woche

Sonntags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst. Alle Abonnenten nehmen Beihilfen entgegen.

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgepaltene Zeile 35 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt.

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 26. Januar

Anzeigen-Annahmestelle:

hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerblich-technische Bücherei — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes — Versammlung der Vorstände der Kreisverbände — Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweises — Die gewerbliche Fortbildungsschule im Oktober 1917 — Die gewerbliche Fortbildungsschule — Die Beschaffung von Nähgarn — Kurze Mitteilungen — Aus Nassau — Handwerkskammer Wiesbaden — Anzeigen.



Ehrentafel

Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten:

Sergeant d. L. Landeswehrgemeinschaft Otto Haguer, Mitglied des Volksgewerbevereins Merzenberg.

August Seidel, Sohn des Mitgliedes Schreinermeister Johann Georg Seidel, Höchst am Main.

**Gewerblich-technische Bücherei
des Gewerbevereins für Nassau**
mit Vorrat und Auslage der Patentschriften.
Wiesbaden, Rheintstraße 42.

Öffnungszeiten: Täglich mit Ausnahme von Samstags, nachmittags von 3—6 Uhr.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

A b s c h r i f t.

Der Minister
für Handel und Gewerbe.

J. Nr. IV. 6812.

Auf Bericht vom 29. v. Mts.

Berlin W. 66, den 27. Dezember 1917.

Die Gründe, die dafür sprechen, die Jugendlichen in verstärktem Maße zu kriegswirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen, werden von mir in vollem Umfange gewürdigt. Ich habe bereits in meinen Erlassen vom 8. 10. 1914 (S. M. Bl. S. 511), 6. 12. 1915 (S. M. Bl. S. 65), 25. 9. 1915 (S. M. Bl. S. 275) und vom 27. 1. 1917 (S. M. Bl. S. 69) die Grundsätze dargelegt, nach denen Gesuche um Befreiung vom Besuch der Pflichtfortbildungsschule behandelt werden sollen. Zugleich habe ich aber dort auch die Gesichtspunkte hervorgehoben, die dafür sprechen, im Interesse des Wirtschaftslebens sowohl wie in dem des gewerblichen Nachwuchses den Fortbildungsschulbesuch während des Krieges grundsätzlich aufrecht zu erhalten.

Je länger der Krieg dauert, umso mehr sind die Jugendlichen gefährdet. Sehr viele von ihnen entbehren der Fucht des Vaters und des Meisters. Die ungewöhnlich hohen Löhne steigern das Selbstgefühl und die Gemütskraft. Die Mütter, die vielfach selbst in der Kriegswirtschaft tätig sind, vermögen oft nicht den nötigen Einfluß auszuüben. Ausschreitungen und Vergehen gehören daher leider nicht zu den Seltenheiten und die Kriminalität ist ständig ge-

stiegen. Die Jugendverfügungen der General-Kommandos haben versucht, bestimmte bedauerliche Erscheinungen durch Strafandrohung zu unterdrücken, wichtiger ist es aber, daß eine dauernde erzieherische Beeinflussung erfolgt, wie sie durch die Pflichtfortbildungsschule ausgeübt wird. Sie bietet auch allein die Möglichkeit, der großen Masse der Jugendlichen die gewaltigen Ereignisse der Zeit in der rechten Weise zum Bewußtsein zu bringen und im Sinne der vom Landesgewerbeamt herausgegebenen Staatsbürgerlichen Belehrungen auf sie einzuwirken. Auch die in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtigen militärischen Jugendübungen werden durch die Einrichtungen der Pflichtfortbildungsschule wesentlich gefördert.

Hinzu kommt, daß die Berufsausbildung der Jugendlichen durch den Krieg sehr gelitten hat. Die Zahl der ungelerten Arbeiter ist viel größer, die technische Ausbildung in der Lehre infolge einseitiger Beschäftigung vielfach schlechter geworden. Für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt wird es aber von größter Bedeutung sein, daß auch in Zukunft ein tüchtiger Facharbeiterstand herangebildet wird, der rasch anpassungsfähig ist und für Herstellung von Wertarbeit sich eignet. Auch aus diesem Grunde ist eine Ergänzung der Lehre durch den Fach- und Zeichenunterricht der Fortbildungsschule erforderlich. Aus diesen Erwägungen heraus vermag ich einer Schließung der Fortbildungsschulen nicht zuzustimmen, sondern empfehle vielmehr die Vorbereitungen zu treffen, um den Unterrichtsbetrieb nach Rückkehr des Friedens in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

J. M.

An die Handelskammer in . . .

*

Abchrift zur Kenntnis.

J. M.

gez. v. Seefeld.

An den Herren Regierungspräsidenten
in Wiesbaden.

*

Der Regierungspräsident.

Pr. I. 21. A. 2. II.

Wiesbaden, 14. Januar 1918.

Abdruck übersende ich zur Kenntnis.
Den Gemeindebehörden der Orte mit gewerblichen Fortbildungsschulen habe ich je einen Abdruck des Erlasses durch die Herren Landräte zustellen lassen.

In Vertretung.

gez. v. Gizdai.

An den Zentralvorstand des
Gewerbevereins für Nassau, Hier.

*

Wiesbaden, den 21. Januar 1918.
Vorstehenden Erlaß des Herrn Ministers für
Handel und Gewerbe bringen wir hiermit all-

gemein zur Kenntnis, den Schulvorständen und Leitern der gewerblichen Fortbildungsschulen aber zur nachdrücklichsten Beachtung.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

An die Vorstände der Lokalgewerbevereine und der Kreisverbände!

Betr. Lehrlingswesen und Lehrstellen- vermittlung.

Unter Hinweis auf den Aufsatz in der vorigen Nummer unseres Gewerbeblattes „Die Notlage im Lehrlingswesen“ ersuchen wir die Vorstände der Lehrlingsfrage das ganz besondere Interesse zuzuwenden. Es dürfte sich als zweckmäßig erweisen, in einer besonderen Mitgliederversammlung, zu der in öffentlicher Form alle Handwerker und Gewerbetreibenden einzuladen wären, die Lehrlingsfrage zu behandeln unter Benützung des bezeichneten Aufsatzes. Es wäre ferner zu erwägen, wie der Zugang zu den gelernten Berufen, insbesondere zur Handwerkslehre örtlich zu fördern und welche Maßnahmen im Verein mit Schule, Arbeitsnachweisen usw. für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zu treffen wären. Zur Aufklärung in den Kreisen der Eltern und Vormünder dürften Vortragsabende oder Elternabende und öftere Hinweise in den Tageszeitungen dienen. Wir stehen mit geeigneten Unterlagen gerne zu Diensten.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe sind besonders berufen, der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung zu dienen.

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Versammlung der Vorstände der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

in Limburg a. d. L. am 14. Januar 1918.

Auf Einladung des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau fand am 14. Januar 1918, vormittags 10 Uhr beginnend, im Gasthaus „Alte Post“ zu Limburg a. d. Lahn eine Versammlung der Vorstände der im letzten Jahre neu gegründeten Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Besprechung über die bisherige Tätigkeit der Kreisverbände; Austausch der Erfahrungen.
2. Errichtung gewerblicher Beratungs- und Auskunftsstellen.

**Die Geschäftsstellen
der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe
erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand
in allen Angelegenheiten des handwerks und Gewerbes. Benützung für Jedermann.**

3. Aufstellung und Besprechung eines Arbeitsplanes. 4. Sonstiges.

Die Versammlung war, trotz der ungünstigen Verkehrsverhältnisse, sehr gut besucht. Die Vorstände aller Kreisverbände waren nahezu vollständig vertreten. Auch der Gewerbeverein zu Wiesbaden hatte vier Abgeordnete entsandt. Als Vertreter des Kreises Limburg wohnte der stellvertretende Landrat, Herr Regierungs-Assessor von Borden, als Vertreter der Stadt Limburg Herr Bürgermeister Haerten und Herr Beigeordneter Heppel und als Vertreter der Handwerkskammer Herr Stadtverordneter Tapezierermeister Kaltwasser aus Wiesbaden der Versammlung bei, die in ihren warmen Begrüßungsansprachen die Kreisverbände ihres lebhaften Interesses und ihrer tatkräftigen Unterstützung versicherten.

Die Verhandlungen leitete der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbevereins für Nassau, Herr Architekt Alb. Wolff. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung führte der Vorsitzende weiter aus:

„Die Kreisverbände sind die jüngsten Schöpfungen in der Gliederung des Gewerbevereins für Nassau, der nächsten auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Als der Zentralvorstand vor etwa Jahresfrist sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigte, zur wirkungsvolleren Förderung der allgemeinen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder aus dem Handwerker- und Gewerbevereine innerhalb der einzelnen Kreise zu Kreisverbänden enger und fester zusammen zu schließen und diesen Kreisverbänden ein größeres Arbeitsgebiet zu erschließen, da traten wohl hier und da Bedenken auf. Bedenken vor allem darüber, ob die Kriegszeit, in der auch in der Heimatfront alle Kräfte aufs äußerste angespannt und dem einen großen Ziele: der Erringung eines siegeskrönenden ehrenvollen Friedens gewidmet werden müssen, der geeignete Zeitpunkt sei, um neue Einrichtungen zu schaffen. Aber diese Bedenken wurden überwogen von der Einsicht der Notwendigkeit, bei Zeiten die erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen und Einrichtungen zu treffen, die uns in die Lage versetzen sollen, der kommenden großen Aufgaben gerecht zu werden, die uns der hoffentlich nicht mehr ferne Frieden bringen wird. Aufgaben, die sich im wesentlichen umschreiben lassen mit den Worten „Wiederaufbau, Stärkung und Förderung des Handwerker- und Gewerbebestandes“, dem der Krieg mit seinen Folgen so schwere Wunden geschlagen hat.

So trat denn der Zentralvorstand im vorigen Frühjahr mit seinem Plan an die Öffentlichkeit, der überall freudige Zustimmung fand. In kurzer Zeit konnte die Bildung von Kreisverbänden vollzogen werden. Wesentlich unterstützt wurden wir hierbei namentlich durch die Herren Landräte, die meist den Gründungs-Versammlungen persönlich beiwohnten und von den Kreisverwaltungen durch Bewilligung barer Zuschüsse für die gewerbefördernden Einrichtungen der Kreisverbände. Ich gestatte mir, hierfür auch an dieser Stelle den verbindlichsten Dank des Zentralvorstandes auszusprechen.

Natürlich konnten die Kreisverbände nicht sogleich nach ihrer Gründung eine umfassende in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretende Tätigkeit entfalten, ihr Augenmerk mußte zunächst darauf gerichtet sein, sich organisatorisch auszubauen, die geeigneten Kräfte für die Geschäftsführung zu gewinnen, die besonderen gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Kreises zu erforschen und dann in Beratungen darüber einzutreten, welche Aufgaben als die nächstliegenden jetzt in Angriff zu nehmen seien. Nachdem dies geschehen, erachtete es der Zentralvorstand für zweckmäßig, die Vorstände

der Kreisverbände, insbesondere die Vorsitzenden und Geschäftsführer, zu einer gemeinsamen Besprechung zu berufen, um die Meinungen und bisherigen Erfahrungen auszutauschen, um zu hören, was sich als gut und zweckmäßig erwiesen hat, um danach bestimmtere Richtlinien für unsere weitere Tätigkeit aufzustellen. Diesem Zwecke soll unsere heutige Versammlung dienen. Ich glaube, der Zentralvorstand ist mit der Veranstaltung der Versammlung auch einem Wunsche Ihrerseits entgegengekommen. Das beweist mir, daß sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Ich darf dies auch als ein erfreuliches Zeichen des allgemeinen Interesses für unsere Kreisverbände deuten. Es wird Ihnen jetzt ein kurzer Bericht erstattet werden über die seitherige Tätigkeit der Kreisverbände, soweit diese uns bekannt geworden ist. Ich bitte Sie, meine Herren, hernach diesen Bericht Ihrerseits durch Mitteilungen über Ihre besondere Wirksamkeit und bemerkenswerte Veranstaltungen zu ergänzen und sich recht gründlich über Ihre Meinungen auszusprechen.“

In die Tagesordnung eintretend erstattete Vereinssekretär Seefah folgenden

Bericht über die Tätigkeit der Kreisverbände.

Kreisverbände bestehen jetzt im ganzen Kreisbezirk mit Ausnahme der Kreise Ober- und Westerwald und Westerburg. In diesen Kreisen mit vorwiegend ländlichem Charakter ist das Handwerk und Gewerbe nur schwach vertreten. Dazu kommt, daß derjenige Teil der Handwerker und Gewerbetreibenden, die an der Organisation besonders interessiert sind, z. B. unter den Bahnen steht oder im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt ist. Mit Rücksicht hierauf wurde die Gründung eines gemeinschaftlichen Kreisverbandes für diese beiden Kreise bis nach Friedensschluß zurückgestellt. Für den Stadtkreis Wiesbaden lag ein Bedürfnis für die Bildung eines Kreisverbandes nicht vor, weil hier in dem Ortsausschuß für Gewerbe- und Handelsförderung bereits eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den verschiedenen Gewerbe- und Handelsstellen, wie Gewerbeverein, Innungen, Handwerkskammer und Handwerksamt besteht, in dem die gemeinsamen Interessen zusammengefaßt und vertreten werden.

Die Tätigkeit der Kreisverbände, für die der Zentralvorstand bestimmte Richtlinien aufgestellt hatte, mußte zunächst dem organisatorischen Ausbau gewidmet werden. Nachdem die Gründungs-Versammlungen stattgefunden hatten und ein vorläufiger Vorstand gewählt worden war, war die nächste Aufgabe die Bildung des Ausschusses. Dieser setzt sich bekanntlich zusammen aus den Vertretern der dem Kreisverband angeschlossenen Vereinigungen, der in dem betreffenden Kreise wohnenden Mitglieder der Handwerkskammer und des Zentralvorstandes und je einem Vertreter des Kreises und der Städte sowie dem Geschäftsführer der Beratungs- und Auskunftsstelle. Nachdem die Vertreter gewählt waren, trat der Ausschuss in Tätigkeit und wählte endgültig den geschäftsführenden Vorstand. Als dann wurden die Kreisversammlungen berufen zur Beschlußfassung über die Aufstellung von Satzungen, Einrichtung der Beratungs- und Auskunftsstellen für Handwerk und Gewerbe, und Beratung über die im Vordergrund des gewerblichen Interesses stehenden Fragen, wie die Errichtung einer Krankenkasse für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, Beschaffung von Betriebsmitteln (Barmitteln, Kredit, Roh- und Hilfsstoffe) für die Uebergangszeit, Vermittlung von Arbeitslosen usw. Die Errichtung von Beratungs- und Auskunftsstellen wurde überall als zweckmäßig und notwendig erkannt. Ihrer Errichtung galt deshalb die nächste Sorge der Kreisverbandsvorstände. Da von der Wahl der geeigneten Persönlichkeit für die Leitung der Beratungsstelle die Entwicklung und der Erfolg dieser Einrichtung im wesentlichen abhängt, so mußte mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden. Bis jetzt sind Beratungsstellen errichtet worden in den Kreisen Biedenkopf, Dillkreis, Unterwesterwald, Limburg, Rheingaukreis und Landkreis Wiesbaden. Der Untertaunuskreis hat sich an das

Handwerksamt zu Wiesbaden angeschlossen. In den übrigen Kreisen ist die Einrichtung von Beratungsstellen ebenfalls beschlossen worden, es ist aber augenblicklich, wo die jüngeren Kräfte unter den Bahnen stehen, schwer, die geeigneten Persönlichkeiten zu bekommen. Hier kann es sich vorläufig nur um die vertretungsweise Berufung eines Geschäftsführers handeln. Vielleicht ist es auch später möglich, geeignete Kriegsverletzte für das Amt des Geschäftsführers zu gewinnen.

Den Satzungen für die Kreisverbände wurden in der Regel die vom Zentralvorstand aufgestellten Richtlinien für die Bildung und Tätigkeit der Kreisverbände zu Grunde gelegt. Bei Bearbeitung dieser Richtlinien hatte dem Zentralvorstand zunächst der Gedanke vorgeschwebt, die Gewerbevereine eines Kreises zu Kreisverbänden zusammenzuschließen. Bei den Gründungs-Versammlungen wurde aber aus Handwerkerkreisen dem Wunsche Ausdruck verliehen, auch den Handwerkervereinen, Fachvereinigungen und Innungen die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls an den Kreisverband anzugliedern. Der Zentralvorstand ist dieser Anregung gerne gefolgt und hat die Richtlinien nach dieser Richtung hin erweitert. In einigen Kreisen sind denn auch die Handwerkervereine und Innungen dem Kreisverband beigetreten, in anderen Kreisen verhalten sie sich teils abwartend, teils ablehnend. Welche Gründe für diesen ablehnenden Standpunkt maßgebend sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie können aber nicht so schwerwiegend sein, daß nicht eine Verständigung möglich wäre. Diese Verständigung muß jedenfalls nachdrücklich angestrebt und das etwa noch Trennende aus dem Wege geräumt werden. Denn es unterliegt keinem Zweifel und das werden auch die noch abseits stehenden anerkennen müssen, daß durch eine organische Verbindung und Zusammenfassung aller gewerblichen Vereinigungen im Kreise, durch die innere Geschlossenheit der gemeinnützigen Sache, für die wir uns doch alle einsetzen, viel wirkungsvoller gedient und dabei etwas Erproblicheres geleistet werden kann, als wenn die Kräfte zersplittert bleiben, ja sich vielleicht gegenseitig bekämpfen.

(Fortsetzung folgt.)

Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober 1917.

Der abgelaufene Berichtsmonat zeigte gegen den September eine merkliche Zunahme der männlichen Stellenjuchenden. Dieselbe war indessen von einer fühlbaren Verringerung der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte und einer stark erhöhten Nachfrage, sowohl auf dem männlichen als auch dem weiblichen Arbeitsmarkte, begleitet und brachte daher trotz erhöhter Vermittlungsergebnisse keine Veränderungen in der Gesamtzahl hervor.

In der Metallindustrie war eine Zunahme sowohl des Angebots als auch der Nachfrage zu verzeichnen, die indessen auf das Verhältnis der Stellenjuchenden zu den offenen Stellen keinerlei Einfluß ausübte. In Frankfurter machte sich ein stärkeres Angebot von jugendlichen Hilfskräften bemerkbar, für welche nur eine geringe Annahmefähigkeit bei den Firmen der Munitionsindustrie bestand. Obwohl es sich hier um jugendliche handelte, die bereits früher als Hilfsarbeiter usw. in der Rüstungsindustrie gearbeitet haben, wurden ihnen ungelehrte weibliche Arbeitskräfte durchweg vorgezogen.

Nach Bergarbeitern bestand eine gegen den Vormonat erhöhte Nachfrage; der Mangel an Steinbrucharbeitern hielt unverändert an. Die chemische Industrie trat mit erhöhten Anforderungen hervor, die Textilwarenindustrie, wie auch die Papierwarenfabrikation wiesen keine wesentlichen Veränderungen auf. In der Lederwarenindustrie lagen namhafte Aufträge für das Inland, wie auch für das neutrale Ausland vor und bewirkten einen starken Bedarf nach Arbeitskräften aller Art.

Da männliche Arbeiter infolge des Ueberganges zu anderen Industrien nicht mehr ausreichend zu Gebote standen, machten sich erhöhte Anforderungen nach Arbeiterinnen in der genannten Industrie geltend.

Für Sattler und Tapezierer war Arbeitsgelegenheit im reichlichsten Maße vorhanden.

ffen. In
ung von
worden.
tungen
die ge-
n. Hier
retungs-
handeln.
geeignete
Geschäfts-
wurden
und auf-
und
gelegt.
te dem
vorge-
eises zu
Bei den
er aus
und ver-
Fach-
gkeit
verbund
dieser
htlinien
einigen
vereine
treten.
eils ab-
nde für
und sind,
en aber
ne Ver-
adigung
und das
eräumt
Zweifel
ehenden
ganische
er ge-
urch die
t Sache,
el wir-
prieis-
nn die
t gegen-
beits-
ge des
17.
gen den
nlichen
n einer
eiblichen
age, so-
eiblichen
er trotz
nderun-
ne Zu-
ach-
Verhält-
Stellen
mache
Dikt-
geringe
mitions-
Zugan-
ber usw.
wurden
durchweg
gegen
angel an
bert an-
rhöhten
indu-
rika-
nen auf-
n nam-
für das
starke
ergangs
end zu
rungen
ie gel-
ar Me-
handen.

Die Holzindustrie wies einen kleinen Rückgang der Arbeitsstunden bei unveränderter Nachfrage auf. Neben dem immer noch im Verhältnis zum Bedarf knappen Schreinerhandwerk bestand auch nach Kältern eine verstärkte Nachfrage.

In dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe gestaltete sich der Ausgleich im Großen und Ganzen befriedigend. Namentlich standen Bäcker etwas reichlicher zur Verfügung.

Die Bekleidungsindustrie machte in unveränderter Weise ihren Bedarf nach Schneidern geltend. Die Nachfrage nach Schuhmachern, namentlich zur Versorgung der Zivilbevölkerung, hält mit gleicher Stärke an. Die Versuche der Schuhfabrikation, Arbeitskräfte aus verwandten Berufen zuzuführen, hatten bis jetzt nur geringen Erfolg, da bei diesen die Neigung zur Rüstungsindustrie überwiegt.

Im Reinigungsgewerbe bereitete die Beschaffung von Frisuren äußerst große Schwierigkeiten.

Die Nachfrage nach Bauarbeitern, namentlich Zimmerern und Maurern, war sehr lebhaft.

Maschinen und Heizer waren etwas stärker als im Vormonat vertreten. Namentlich letztere standen reichlicher zu Gebote.

Die Verhältnisse in den kaufmännischen Berufen haben gegen den Vormonat keine Veränderung erfahren.

Im Gastwirtschaftsgewerbe standen sich Angebot und Nachfrage für die männlichen Kräfte ungefähr gleich. Der gewöhnlich nach Schluß der Badezeit zu erwartende stärkere Zuspruch der Stellen suchenden blieb in diesem Jahre aus. Weibliche Kräfte standen etwas reichlicher als im Vormonat zu Gebote.

Für sonstige Lohnarbeit stand eine größere Zahl von Stellen suchenden zur Verfügung. Für Fuhrleute und Kutscher bestand eine sehr große Annahmefähigkeit. Erdarbeiter und Bauarbeiter waren knapp. Dagegen konnte die Nachfrage nach Ausläufern im Allgemeinen befriedigt werden.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte lagen die Verhältnisse für die Metall- und Munitionsindustrie im allgemeinen günstiger, als bei gleichbleibender Nachfrage die Zahl der Bewerberinnen stark steigende Tendenz hatte.

Neben der chemischen Industrie traten besonders einige Konservenfabriken mit einem größeren Bedarf an Arbeiterinnen hervor. In diesen werden für die Enttarnung der Rührer stärkeren Anforderungen zu erwarten sein.

Das Bekleidungs- und Schneidergewerbe bot für die zahlreicher gemeldeten Schneiderinnen und Näherinnen ausreichend Beschäftigung.

Sehr fühlbar war der beträchtliche Rückgang an Fabrikarbeiterinnen, für die sich eine ständig wachsende Nachfrage geltend machte.

Für häusliche Dienstleistungen bestand, da ein schwacher Zug vom Lande vielfach zu beobachten war, ein etwas stärkeres Angebot. Da daneben aber eine Hinwendung zur Rüstungsindustrie unverkennbar zutage tritt, haben die Gesamtverhältnisse keine wesentliche Veränderung erfahren.

Die gewerblichen Fortbildungsschulen

begegnen mit der Fortdauer des Krieges in wachsendem Maße Anfeindungen, unter denen sie zu leiden haben. Die Pflichtfortbildungsschüler im Alter von 14 bis 18 Jahren werden nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch in den übrigen Gewerbebetrieben umso mehr in Anspruch genommen, als die Einberufungen zum Heeresdienst und zum Vaterländischen Hilfsdienst wachsen. Man ist überall bestrebt, den berechtigten Interessen durch Beurlaubungen und Einschränkung des Unterrichts in weitestem Maße Rechnung zu tragen. Aber in den Arbeitgeberkreisen wünschte man häufig gänzliche Aussetzung des Unterrichts ohne Rücksicht auf die Zukunft des jungen Nachwuchses in Handwerk, Handel und Industrie und vielfach unter Verleumdung des segensreichen Einflusses einer planmäßigen Erziehungsarbeit an der gewerblichen Jugend, die gerade mit der längeren Dauer des Krieges immer größeren Gefahren ausgesetzt wird. Die Aufsichtsbehörden sind eifrigst bestrebt, im Interesse der Jugend sowohl als auch unter weitestlicher

Wahrung der Interessen unseres Wirtschaftslebens jetzt und in der Zukunft, den Unterrichtsbetrieb dieser Schulen nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Hierin finden sie völlige Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen. Ein helles Licht auf die Haltung der Gewerkschaften in dieser Bildungsfrage wirft ein Schreiben, das das Generalsekretariat der Christlichen Gewerkschaften der „Köln. Volksztg.“ eingesandt hat als Protest gegen ein erneutes Bemühen der Handelskammer Köln, die Schließung der Fortbildungsschulen zu erreichen. Es heißt darin:

„Die Gründe unserer Stellungnahme sind dieselben wie früher; sie haben unseres Erachtens nur noch an Durchschlagskraft zugenommen. Auch heute noch bildet die Fortbildungsschule die Möglichkeit, die durch die Abwesenheit so überaus vieler Väter aufs äußerste bedrohte Erziehung der Jugendlichen wenigstens in etwas planmäßig durchzuführen. Auch heute noch ist in der Fortbildungsschule die Möglichkeit gegeben, die Seele und das Gemüt der Jugendlichen durch den Religionsunterricht emporzuheben. Darüber hinaus aber ist die Fortbildungsschule vielleicht der einzige Ort, wo dem verhängnisvollen Rückschritt in unserem Gewerbeleben in etwas Einhalt geboten werden kann, der darin besteht, daß durch die Vereinfachung und steigende Mechanisierung der Arbeitstätigkeit die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen keine vernünftige gewerbliche Lehre durchmacht. Es sei hier davon abgesehen, die vielen überaus bedauerlichen Folgen in gewerblicher, wirtschaftlicher, sozialer und auch geistiger Beziehung aufzuführen, denen wir infolgedessen ausgesetzt sind. Soviel aber steht wohl unabweisbar fest, daß alles aus wärmster Begrüßung werden muß, was jenen Mängeln abhilft, und das tut doch die Fortbildungsschule, die dem Jugendlichen wenigstens einen Teil dessen zu vermitteln sucht, was er sonst auf der Arbeitsstätte lernt.“

Die Beschaffung von Nähgarn.

Neuerdings ist ein großer Mangel an Nähgarnen, stellenweise sogar völliges Fehlen solcher zutage getreten. Große Mengen noch im freien Handel befindlicher Garne sind in unverantwortlicher Weise gehamstert worden und werden jetzt zu Bucherpreisen abgesetzt. Ein kürzlich aufgedeckter Fall von unerhörtem Bucher förderte nicht weniger als 50 000 Rollen gehamsterten Fadens zutage, die für 50 Pfg. eingekauft und nunmehr zum Preise von 6 und 7 Mark die Rolle wieder abgesetzt wurden. Vergleichende Fälle bestehen noch zahllos im Verborgenen. Auch beim Schleichhandel bilden die Garne ein sehr beliebtes Tauschobjekt.

Die ohnehin sehr erschwerte Aufrechterhaltung der noch bestehenden Schneiderbetriebe ist in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, das erforderliche Nähmaterial sicher zu stellen. Viele Schneidereien sind dadurch schon zu der Maßnahme gezwungen worden, die Ausführung von Aufträgen von der gleichzeitigen Lieferung des hierzu notwendigen Fadens durch die Kundschaft abhängig zu machen.

Zuständig für die Frage ist das Reichsbekleidungsamt, Abteilung für Nähgarn. Die notwendigen Garne sind vorhanden, es kommt nur darauf an, eine zweckmäßige Verteilung in die Wege zu leiten. Das Reichsbekleidungsamt hat mit der Verteilung begonnen, leider sind dabei die Bedürfnisse des selbständigen Schneiderhandwerks nicht berücksichtigt worden, indem zunächst lediglich die Großkonfektion bedacht worden ist. Es ist in Aussicht genommen, die Verteilung der Nähgarne sowohl, soweit das Schneidergewerbe in Betracht kommt, als auch für private Zwecke durch die Kommunalverbände geschehen zu lassen. Alle für die Herstellung von Heeresarbeit erforderlichen Garne sollen dagegen wie bisher durch die Kriegsbekleidungsämter geliefert werden. Die Kriegsrohstoffabteilung (eine Abteilung des Kriegsministeriums) hat erklärt, daß die für die Heeresnäharbeit erforderlichen Garne reichlich vorhanden seien, es sei Pflicht der Kriegsbekleidungsämter, diese Garne stets in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Wenn die Garne aus irgend einem Grunde nicht geliefert werden, sollten die Lieferungsge nossenschaften mit Nachdruck ihre Forderung geltend machen. (Siehe Kriegsverordnung.)

(Gewerbeblatt für Elsaß-Lothringen.)

Neue Kriegsverordnungen.

Verteilung von Baumwollnähfäden und Leinwandnähzwirn.

Die Reichsbekleidungsstelle hat unterm 19. Januar eine Bekanntmachung erlassen, die die Verteilung von Baumwollnähfäden und Leinwandnähzwirn an Kleinhändler, Verarbeiter und Anstalten regelt. Die Verteilung geschieht demnach durch die Kommunalverbände. Den Kommunalverbänden wird anheimgegeben, sich zur Festlegung des Verteilungsschlüssels eines Beirats zu bedienen, der sich aus Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen, insbesondere der Kleinhändler, der Verarbeiter und der Verbraucher, zusammensetzt. Die Kommunalverbände haben anzuordnen, daß die Abgabe nur erfolgen darf gegen Ablieferung bestimmter Bezugsausweise. Die Bezugsausweise dürfen nur im Beirats des Kommunalverbandes, der sie ausgegeben hat, Gültigkeit haben. Die nähere Regelung haben die Kommunalverbände selbst anzuordnen. Es bleibt ihnen insbesondere überlassen, ob sie jeder einzelnen Person der Bevölkerung oder nur bestimmten Gruppen (z. B. Familie, Haushalt) das Recht auf den Bezug von Baumwollnähfäden und Leinwandnähzwirn einräumen, und ob sie die minderbemittelte Bevölkerung gegenüber der bessergestellten besonders berücksichtigen wollen. Die Kleinhändler sind verpflichtet, solange sie Baumwollnähfäden oder Leinwandnähzwirn in ihrem Betriebe vorrätig haben, an jeden Abnehmer eines gültigen, von ihrem Kommunalverbande ausgegebenen Bezugsausweises die auf diesen jeweils entfallende Menge der betreffenden Art abzugeben. Die Abgabe darf nicht vom Bezuge anderer Waren oder von irgendwelchen anderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Die jeweils zulässigen Kleinhandelsverkaufspreise werden für jedes Kalendervierteljahr von den einzelnen Bezirksstellen den unter ihre Verteilung fallenden Kommunalverbänden rechtzeitig mitgeteilt und sind von diesen unverzüglich zu veröffentlichen.

Kurze Mitteilungen.

Vergütung von durch Flieger an Dächern entstandenen Schäden.

Auf eine Anfrage des Handwerksamts Wiesbaden in dieser Sache ging aus Berlin folgende Antwort ein:

Der Reichsfinanzler.
(Reichsamt des Innern.)

Berlin B 8, den 18. Dezember 1917

Für die im Reichsgebiete durch feindliche Flieger an beweglichem und unbeweglichem Eigentum unmittelbar verursachten Schäden wird im Rahmen der gemäß dem Gesetze über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 675) getroffenen Feststellungen voller Ersatz gewährt, und zwar nicht aus der Reichskasse, sondern aus der Kasse des Bundesstaates, in dem die Beschädigung stattgefunden hat. Den Bundesstaaten wird das Reich die so vorausgelegten Beiträge zu einem gesetzlich noch zu bestimmenden Zeitpunkt erstatten; es hat ihnen im Bedarfsfalle schon jetzt Vorstöße zu leisten (§ 16 a. a. O.). Ein Rechtsanspruch des Geschädigten besteht weder gegenüber dem Reich noch gegenüber einem Bundesstaate oder Elsaß-Lothringen.

Ob hiernach der Hausbesitzer verpflichtet ist, auf eigene Kosten eine Versicherung gegen Fliegergefahr einzugehen, muß ich dortigen Ermessen anheimstellen. S. A.: gen. Unterschrift.

Zutolge dieses Bescheides dürfte der Abschluß einer Versicherung gegen Fliegergefahr sich erübrigen.

Aus Nassau.

Die Nassauische Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagenbestandes von 42 Millionen Mark zu verzeichnen, gegenüber der bisher stärksten Zunahme von 14 Millionen im Jahre 1909. Die Einlagen haben damit 200 Millionen überschritten. Während die Ansammlung der ersten 100 Millionen 38 Jahre in Anspruch nahm (1870 bis 1908), vollzog sich die Erreichung der weiteren 100 Millionen in der kurzen Zeit von neun Jahren. Die Kriegsjahre 1914 bis 1917 erbrachten eine Zunahme von 61 Millionen, wobei zu beachten ist, daß 90 Millionen Mark Einlagen zur Deckung auf die 7 Kriegsanleihen verwendet wurden. Diese Zahlen legen ein glänzendes Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Kraft unseres Regierungsbezirks.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder,
Berlin W 66.

Berlin, den 7. Januar 1918.

Bekanntmachung.

Ergänzung zu den Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Blank- und Geschirrlleder vom 1. September 1917.

(Ausnahmebewilligung der Militärbehörden von der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder vom 20. Oktober 1917 Nr. L 888/7. 17. RM.)

Die von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder der Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H. noch vor dem 20. Oktober 1917, d. h. noch unter der Geltung der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder vom 8. August 1916 (Nr. L 888/7. 16. RM.), zugewiesenen Sattlerleder, dürfen sowohl von der S. G. als auch von deren Abnehmern, unter Zugrundelegung der Höchstpreise der vorgenannten Bekanntmachung gemäß den Bedingungen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder für die Abgabe von freigegebenem Blank- und Geschirrlleder vom 1. September 1917 abgegeben werden.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.
Dr. Meyer.

*

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Bekanntmachung.

Heir. Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften bei der Demobilisierung.

Am Veranlassung der Kriegsamtstelle Frankfurt a. M. findet die vorgenannte Erhebung schon jetzt statt. Es handelt sich um eine vorstehende Maßnahme, die keinerlei Schlüsse auf einen baldigen Frieden rechtfertigen, die aber für den Fall des Friedens eine Übersicht gestatten soll. Ein Fragebogen, eine Erläuterung dazu und eine Verfügung der Kriegsamtstelle liegen gedruckt vor. Die Handwerkskammer verleiht solche an die Innungen, Handwerkervereine und Vereinigungen, damit deren Vorstände innerhalb ihrer Organisation die erforderlichen Feststellungen machen, zusammenstellen und in den Fragebogen eintragen. Der Fragebogen ist ausgefüllt bis zum 5. Februar 1918 an die Handwerkskammern einzureichen.

Für die Lokal-Gewerbevereine hat die Handwerkskammer den Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau mit den erwähnten Drucksachen versehen, welcher die Verteilung und Einziehung tätigen wird.

Für diejenigen Handwerke, die keiner der vorgenannten Organisationen angehören, sind die Fragebogen und Drucksachen zu haben:

- Für den Stadtkreis Frankfurt a. M. bei dem Handwerksamt zu Frankfurt a. M., Saalgasse 33;
- für Stadt- und Landkreis Wiesbaden bei dem Handwerksamt Wiesbaden, Rheinstr. 42;
- für alle übrigen Kreise des Regierungsbezirks bei den Kreisbeauftragten der Handwerkskammer.*)
- Im übrigen außerdem immer bei der Handwerkskammer Wiesbaden, Abelheidstr. 13.

Diesen Richtorganisierten ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich schleunigst in den Besitz der Drucksachen zu setzen, damit

*) Die Kreisbeauftragten der Handwerkskammer sind:

Schornsteinfegermeister Beil L., Biedenkopf
Dachbedermeister Hrd. Richter, Dillenburg
Schneidermeister Gustav Ohlenburger, Daiger
Maurermeister Friedrich Wies, Dautenbourg
Anstreichermeister August Böding, Westerburg
Dekorationsmalermeister W. Kaster, Monabaur
Schreinermeister Walter Klein, Grenzhausen
Schornsteinfegermeister Friedr. Beres, Willburg
Schneidermeister Carl Kösch, Limburg
Schreinermeister Wih. Seher, Dietz
Schreinermeister Georg Müller, Ems
Sattlermeister Georg Schütz, Brunnbach
Malermeister J. Jakob Viss L., Rüdesheim
Dachbedermeister Fr. Barthel, Dillenburg
Dachbedermeister Friedrich Maurer, Wehrheim
Schreinermeister Martin Roth, Dornau.

der Fragebogen spätestens am 5. Februar er. bei der Handwerkskammer eingereicht ist. Eine Säumnis könnte ernste Nachteile haben, besonders für diejenigen Handwerker, welche nach dem Kriege auf Ueberweisung von Arbeitskräften Wert legen. Außerdem wird die Erhebung auch für die Rohstoffversorgung als Unterlage dienen können.

Wiesbaden, den 21. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Protokoll

der 26. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 15. November 1917 im Bürgeraal des Rathauses zu Wiesbaden.

(Schluß.)

Stadttrat Meier: Nach dem früher vorliegenden Material glaubt man zu dem Schlusse kommen zu können, daß sich nur 60 Prozent aller Handwerksbetriebe nach dem Kriege wieder aufrecht erhalten lassen. Heute würde man noch zu viel ungünstigeren Zahlen kommen. Es müsse alles getan werden, damit die aus dem Felde zurückkehrenden Handwerker durch Mangel an Rohstoff nicht an der Wiederaufnahme ihrer Betriebe behindert würden. Müller-Frankfurt a. M. hält die Gründung von Zentral-Bezugsvereinigungen schon um deswillen für praktisch, damit 12 1/2 Prozent Aufschlag dieser Zentrals den Handwerkern verbleiben. Mit einer Anfrage von Sander entgegnet der Vorsitzende, daß im Allgemeinen im Lande selbst hergestellte Rohstoffe von der Beschlagnahme nicht betroffen würden. Kommissionsrat Jurat bezeichnet es als eine erfreuliche Folge, der Kriegswirtschaft, daß das Gewerbe so gut wie abgeschafft wurde und richtet an die Vertreter des Handwerks das dringende Ersuchen, die frühere Pumpwirtschaft nicht wieder einreihen zu lassen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Krankenkassen für selbstständige Handwerker. Ueber diesen Punkt berichtet der Syndikus eingehend. Der Segen der Krankenversicherung ist dem selbstständigen Handwerker in der Regel verlagert. Nach dem Kriege werde die Krankenversicherung aber eine erhöhte Bedeutung erhalten. Im Kammerbezirk haben vor drei Jahren schon einschlägige Verhandlungen zwischen der Kammer, dem Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau und dem Innungsausschuss geführt. Es war auch bereits eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt, welche sich aus je drei Vertretern der genannten Körperschaften zusammensetzte. Eine Umfrage hatte ein günstiges Ergebnis. Der Krieg hat jedoch die Sache gestoppt. Zum Schluß seiner Ausführungen teilte der Syndikus noch folgenden Beschluß des letzten Kammertages mit:

1. Unter Hinzuziehung der Kammern, der Innungs-Handwerker- und Gewerbevereinsverbände, wird für das Gebiet des Deutschen Reiches eine Reihe großer, leistungsfähiger, auf Gegenseitigkeit beruhender Krankenkassen durch Aufbau bestehender und Errichtung neuer Versicherungseinrichtungen geschaffen. Die Versicherungsrichtungen sollen unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer tatsächlichen Eigentümlichkeiten möglichst nach einheitlichen Grundregeln gemäß der Musterfassung des Deutschen Handwerker- und Gewerbeamertages Krankenversicherung möglichst im Umfange der Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung gewähren, wobei insbesondere die Krankenpflege als hauptsächlichste Leistung in den Vordergrund zu stellen ist.

2. Um eine möglichst große Einheitlichkeit in der Geschäftsführung dieser Krankenkassen zu gewährleisten, soll ein „Verband der Krankenkassen für selbstständige Handwerker und Gewerbetreibende“ nach der Verbandsfassung errichtet werden. Der „Verband“ wird dem Deutschen Handwerker- und Gewerbeamertag angegliedert, der auch seine Geschäftsführung befragt. Die alljährliche Hauptversammlung des Verbandes soll turnusmäßig gleichzeitig mit der des Kammertages abgehalten werden.

Der Vorsitzende stellt den Bericht zur Besprechung. Es entspann sich eine rege Aussprache, an der sich die Mitglieder, Kommissionsrat Jurat, Frankfurt a. M., Buchwald-Frankfurt a. M., Klein-Wiesbaden, Jungkeller-Döhr, Kallwasser-Wiesbaden, Schumacher-Frankfurt a. M., Keger-Fallensleben, Rechtsanwalt Dr. Bidel, der Vorsitzende und der Syndikus beteiligten.

Die Versammlung beschließt, einem Vorschlage des Herrn Dr. Bidel gemäß, den erwähnten bereits bestehenden Ausschuss mit der Förderung der Sache zu beauftragen.

Punkt 5 der Tagesordnung: Der Nachschuß im Handwerk. Ueber den Nachschuß im Hand-

werk läßt sich zunächst der Vorsitzende aus, welcher die Ansicht vertritt, daß der Handwerkslehrling besser bezahlt und behandelt werden müsse, wenn man nicht auf die Hoffnung, dem zurzeit bestehenden Lehrlingsmangel abzuhelfen, ganz verzichten wolle. Nur dann könne man hoffen, daß auch dem Handwerk besser vorgebildete junge Leute wieder zugeführt werden. Der Syndikus berichtet hierüber eingehend. Zunächst bemerkt er, daß der Gesellenauschuss deshalb nicht mittagt, weil es sich bei Behandlung der Frage nicht um Beschäftigung, sondern lediglich um eine allgemeine Ausdrucksprache handele. Die Frage werde demnach in bestimmter Weise wiederkehren.

Der gegenwärtige Zustand im Lehrlingswesen des Kammerbezirks und im Reich ist kein erfreulicher. Die Lehrlingszahl ist zurückgegangen, aber nicht überall, zum Beispiel beim Metallgewerbe nicht. Der Syndikus geht des näheren auf die Gründe ein, welche zu der heutigen starken Abwanderung geführt haben und die bereits getroffenen Gegenmaßnahmen. Als Abhilfsmittel schlägt er vor, die vom Vorsitzenden angegebenen Maßregeln zur Verhinderung der Abwanderung aus dem Handwerksbetrieb, die Ausdehnung des militärbehördlichen Verbots des Erlassens der Lehre auch auf untern Bezirk, die Gründung von Lehrlingsheimen, die Gewährung von Staatsunterstützungen an die Eltern, die Anrechnung der Tätigkeit in Fabriken usw. auf die Lehrzeit, die Hebung der Liebe zum Handwerk durch den Handwerksunterricht und endlich das Aufheben der übertriebenen Klagen über die Not des Handwerks um die Freude und das Interesse am Handwerk bei unserer Jugend zu wecken.

Der Vorsitzende stellt den Bericht zur Besprechung. Auch hier schloß sich eine lebhafte Aussprache an. An derselben beteiligten sich die Mitglieder Peuser-Camberg, Kallwasser-Wiesbaden, Kommissionsrat Jurat-Frankfurt a. M., Buchwald-Frankfurt a. M., Rechtsanwalt Dr. Bidel-Wiesbaden, und der Vorsitzende. Den vom Vorsitzenden und vom Berichterstatter gegebenen Anregungen wurde lebhafte Zustimmung entgegengebracht. Besonders wurde hervorgehoben, die Handwerksmeister möchten ihre Söhne wieder dem Handwerk zuführen, wenn sie das Interesse auch anderer Kreise wieder dafür wecken wollen.

Regierungspräsident Dr. v. Meißner sprach sodann seinen Dank aus, daß er dieser sehr anregenden Versammlung habe beizuwohnen können und versicherte, daß er aus den Verhandlungen manches Ergänzende und eine Fülle des Wissenswerten entnommen habe, das zur Stärkung und Hebung des Handwerkerstandes sicher von großer Bedeutung und Wirkung sein wird und das er amtlich verwenden könne. Der Vorsitzende teilt der Versammlung mit, daß ein Punkt 6a mit der Tagesordnung: Teuerungszulage an die Beamten und Hilfskräfte, hier eingefügt werden müsse. Daraufhin beschließt die Versammlung, in Abwesenheit der Beamten, die angesichts der verteuerten Lebenshaltung, in der Vollversammlung vom 16. Mai er. beschlossene Gehaltssteigerung von 20 Prozent mit Wirkung vom 1. Juli er. ab, um 15 Prozent zu erhöhen, und dabei die am 16. Mai geltenden Gehaltsätze zugrunde zu legen.

Punkt 6 der Tagesordnung: Anträge von Mitgliedern. Der Syndikus verliest ein Schreiben des Hauptauschusses der Frankfurter Handwerkerverbände vom 13. November er., dessen Anträge alle die heute besprochenen Punkte betreffen und namentlich auf die Entschädigung der Handwerker nach dem Kriege hinzielen. Auf Antrag des Mitgliedes Keger wird das Schreiben dem Vorstand als Material überwiesen.

Punkt 7 der Tagesordnung: Verschiedenes. Kallwasser-Wiesbaden berichtet noch die Zusammenlegung der drei Verhandlungsblätter der Kammer zu einem Blatte, die bereits früher auf Anregung des Vorsitzenden beschlossen wurde. Daraufhin schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Der Protokollführer:
Bieffer.

Gebrauchte Bandjäge zu kaufen gesucht

Angebote an Schreinermeister Heinrich Krag zu Erbenheim bei Wiesbaden.

INSERATE
haben in dem Nassauischen
Gewerbeblatt
weiteste Verbreitung!